

Antrag

der Abgeordneten **Julika Sandt FDP**

Öffentliche Meinungsbildung und Pressefreiheit stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über Tendenzen bei Beteiligungen von Parteien an Presse- und Medienunternehmen im Freistaat zu berichten.

Begründung:

Damit die Presse ihren neutralen Informationsauftrag gegenüber der Bevölkerung wahrnehmen kann, ist Distanz zu den politischen Parteien erforderlich. Parteien können über ihre Medien Einfluss auf die Meinungsbildung der Bürger nehmen, so dass eine angehäuften Medienkonzentration den Wettbewerb verfälschen und die Kontrollfunktion der Medien aushebeln würde. Die Stärke der Medien in einer Demokratie liegt darin, dass sie nicht Teil des Staates sind. Eine zu enge Verflechtung von Politik und Medien würde diesem Ziel entgegenwirken.